Einzelnummer 5 Mk.

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. – Bezugspreise: In Danzig monatl. 90.— Mk., wöchentl. 22.50 Mk. Durch die Post monatl. 90.— Mk., viertelj. 270.— Mk. (freibleibend). In Pommerellen: monatl. 600.— Mk. poln. Währung. Redaktion: Am Spendhaus 6. – Telephon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigerpreis: Die 5gespaltene Zeile 15.— Mk., von auswärts 18.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bes. Tarif, die 3gespaltene Reklamezeile 50.— Mk., von auswärts 60.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. – Postscheckkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spendhaus 6. – Telephon 3?00.

Nr. 246 | Donnerstag, den 19. Oktober 1922 | 13. Jahrgang

Währungsreform in Deutschland.

Das Reichskabinett beriet in diesen Tagen über die wichtige Frage der Stabilisierung der Mark. Insbesondere drehte es sich bei diesen Beratungen darum, ob das Reich ein Wertpapier schaffen kann, das fest in seinem Wert bleibt und nicht den Kursschwankungen der Mark ausgesetzt ist. Nach dem bisher verlautbarten Ergebnis dieser Verhandlungen soll die Reichsregierung die Herausgabe von Goldschatzanweisungen planen, die von dem Goldschatz der Reichsbank gestützt werden und die Mitte November zur Ausgabe gelangen sollen. Eine Herausgabe schon in den allernächsten Tagen kann nicht in Frage kommen, da der Druck der Goldschatzanweisungen und die Vorbereitungen hierzu auch Zeit in Anspruch nehmen. Vielleicht wären die Bestrebungen des Reichswirtschaftsministeriums schon längst weiter gediehen, wenn nicht das Reichsfinanzministerium der Herausgabe von Goldschatzanweisungen bis in den letzten Tagen entschiedenen Widerstand geleistet hätte.

Die Goldschatzanweisungen sollen als wertbeständiges inländisches Papier zu Zahlungs- und Sicherungszwecken gelten. Ueber ihre Laufzeit wird erst der Reichstag endgültig beschließen. Die Stückelung ist so gedacht, daß vorläufig die kleinste Goldschatzanweisung einem Werte von 25 Dollar entspricht, während die höchsten Anweisungen nach und nach den Bedürfnissen von Industrie und Handel angepaßt werden sollen. Für die Deckung der Goldschatzanweisungen sind verschiedene Vorschläge dem Kabinett übergeben worden. Der Gesetzentwurf der Reichsregierung sieht als Deckung die aus der Erhöhung der Ausfuhrabgaben eingehenden reservierten Beträge vor. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß sich das Kabinett noch dazu entschließt, die Reichsbank als Garantin der Goldanweisungen zu gewinnen.

*

Die Sozialisierungskommission, die bekanntlich über die Frage der Valutastabilisierung bereits im Frühjahr d. J. eingehende Beratungen pflegte, hat sich jetzt erneut mit dieser Frage beschäftigt und der Reichsregierung eine längere Entschließung vorgelegt. Als Voraussetzung für eine endgültige Stabilisierung der Mark werden bezeichnet: 1. eine Lösung des Reparationsproblems, die der tatsächlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands entspricht und die Deutschland eine Atempause zur Gesundung gewährt; 2. Hand in Hand damit eine Konsolidierung der Finanzen des Reichs und eine Konsolidierung der Wirtschaft durch Hebung der Produktion. Diese Bedingungen bleiben auch weiter die Voraussetzung für jede wirkliche dauernde Gesundung der Mark.

Die Kommission gibt dann noch ihrer Auffassung dahin Ausdruck, daß es möglich ist, den Gefahren zu begegnen, die sich aus der fortschreitenden Entwertung der Mark ergeben müssen. Hierzu sei zweierlei notwendig:

Zum ersten der Wirtschaft die Devisenbeträge zur Verfügung zu stellen, die sie für den unmittelbaren realen Bedarf nötig hat. Zum zweiten der vermeidbaren Nachfrage nach Devisen entgegenzutreten, die sich heute aus dem Wertsicherungsbedürfnis ergibt. Die Devisenverordnung des Reichspräsidenten könne nur von Erfolg sein, wenn eine wertbeständige Anlagemöglichkeit geschaffen wird. Aber der wirkliche Erfolg einer solchen Aktion sei auch nur zu erwarten, wenn die oben erwähnte erste Forderung erfüllt werde. Dazu sei die Nutzbarmachung des Goldbestandes der Reichsbank das einzige Mittel. Die unmittelbare Herausgabe des Goldschatzes sei nicht erforderlich. Es würde genügen, durch seine bankmäßige Behandlung Devisenbestände in einem Maße zu erlangen, die der Reichsbank einen starken Einfluß auf die Regulierung des Devisenkurses ermöglichen würde. Erst im Zusammenhang mit einer solchen Stabilisierung würden die Maßnahmen zur vollen Wirkung gelangen, die auf die Bilanzierung der Handelsbilanz und des Etats hinwirken und allein die Stützungsaktion auf die Dauer sichern würden. Die Sozialisierungskommission betont zum Schluß, sie sei sich zwar des Risikos bewußt, das mit den vorgeschlagenen Währungsmaßnahmen verbunden ist, aber dieses letzte Mittel müsse versucht werden, um Deutschland vor der Katastrophe zu bewahren, über die auch der Goldschatz der Reichsbank schwerlich hinwegkommen werde.

Verhandlungen über Frankreichs Wiederaufbau

Der diplomatische Mitarbeiter der Agentur Havas teilt mit: Die deutsche Regierung habe ihre Antwort auf den Plan großer öffentlicher Arbeiten, die durch deutsche Arbeiter und mit deutschen Materialien in den verschiedenen Gegenden Frankreichs ausgeführt werden sollen, übermittelt. Die deutsche Regierung sei grundsätzlich bereit, diese Arbeiten auszuführen, jedoch verlangt sie die Entsendung einer Kommission nach Frankreich, um das Programm im einzelnen zu prüfen. Hierzu erfahren wir von zuständiger Stelle folgendes: Die französische Regierung hat Ende September der deutschen Regierung amtlich mitgeteilt, daß sie auf Grund des Versailler Vertrages die Ausführung gewisser öffentlicher Arbeiten außerhalb der zerstörten Gebiete von Deutschland auf seine Kosten zu verlangen beabsichtige und um die baldige Entsendung deutscher Sachverständiger nach Paris zum Zwecke der Besprechung der Ausführung des Programms gebeten. Deutscherseits ist hierauf erwidert worden, daß man bereit sei, Sachverständige zu bestimmen, die mit Vertretern der französischen Regierung im Rahmen des genannten Artikels 19 und der sonstigen jeweiligen Verpflichtungen Deutschlands aus dem Vertrage von Versailles über die Natur und den Umfang der Materialien und der Handarbeit zur Ausführung dieser öffentlichen Arbeiten verhandeln sollen, daß es aber vorher notwendig erscheint, die Vorfragen finanzieller Art und über die Verrechnung zu klären. Es ist deshalb vorgeschlagen worden, daß zunächst über diese Vorfragen verhandelt wird. Hierauf ist eine Antwort der französischen Regierung noch nicht erfolgt.

Die Untersuchung über die Zirkus-Busch-Vorgänge.

Die Untersuchung über die Vorgänge am Zirkus Busch ist gestern nachmittag im Polizeipräsidium abgeschlossen worden. Polizeipräsident Richter und Oberst Kaupisch werden heute dem preußischen Minister Severing Bericht erstatten. Minister Severing wird darauf im Landtage die eingebrachten Interpellationen beantworten. Gegen den Kommandeur der Polizeigruppe Mitte sowie einige nachgeordnete Beamte dürfte ein Verfahren eingeleitet werden.

Die „Neue Berliner Zeitung“ teilt mit, daß von den anläßlich der Sonntagsvorgänge vor dem Zirkus Busch Verhafteten gestern spät abends weiterhin ein großer Teil freigelassen worden sei. Unter ihnen sollen sich auch einige der festgenommenen Redaktionsmitglieder der „Roten Fahne“ befinden. Ein Teil der kommunistischen Redakteure blieb weiter in Haft und wird zusammen mit den übrigen verhafteten Kommunisten dem Richter wegen Landfriedensbruch vorgeführt werden.

Knüppelkunze als Revolverheld.

WTB. meldet aus Oppeln: Der bekannte Deutschsoziale Kunze sollte gestern abend hier in einer Versammlung sprechen, wurde aber daran von radikalen Elementen gehindert. Als die Menge die Rednertribüne stürmte, gab Kunze einen Schuß ab, durch den ein junger Mann schwer verletzt wurde. Kunze mußte blutüberströmt den Saal verlassen.

Wie die Störungsversuche der „radikalen Elemente“ in Wirklichkeit aussehen, haben wir in Danzig erlebt, wo Gen. Ven durch die Anhänger Kunzes und die ihm beigegebene Schupo blutiggeschlagen wurde. Nun schießt Kunze gar mit dem Revolver. Hoffentlich macht die Regierung dieser öffentlichen Gefahr durch Kunzes Reisen bald ein Ende.

Schwierige Lage der Krankenkassen.

Nach einer Mitteilung der „Voss. Ztg.“ sind die Krankenkassen nicht in der Lage, das am 15. Oktober fällig gewordene Honorar an die Aerzte auszuzahlen. Es handelt sich um das Entgelt für die vom Juli bis Oktober geleistete Behandlung, das über 100 Millionen Mark beträgt. Durch die Zahlungsunfähigkeit der Krankenkassen wird die Notlage der Aerzte weiter gesteigert.

Eberts Amtsdauer verlängert.

In der Frage der Wahl des Reichspräsidenten haben die Reichstagsfraktionen der Regierungsparteien mit Zustimmung der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei beschlossen, im Reichstage einen gemeinschaftlichen Antrag einzubringen, durch den der Artikel 180 der Verfassung dahin geändert werden soll, daß der von der Nationalversammlung gewählte Reichspräsident sein Amt bis zum 30. Juni 1925 weiterführt. Der Antrag ist gestern abend, unterzeichnet von den Fraktionsvorsitzenden der genannten Parteien, dem Reichstag zugegangen.

Der Antrag, der Ebert das Amt eines verfassungsmäßigen Reichspräsidenten bis zum 30. Juni 1925 verleiht, wird laut „Vorwärts“ voraussichtlich schon am Freitag im Reichstag zur Beratung gelangen. Die zu der Verfassungsänderung notwendige Zweidrittel-Mehrheit wird jedenfalls erreicht werden, da die aus Deutschnationalen und Kommunisten bestehende Opposition im Höchstfalle 70 bis 80 von 460 Stimmen aufbringen wird.

Das Schicksal des Memellandes.

Auf eine kleine Anfrage hat der preußische Minister des Innern dem amtlichen preußischen Pressedienst zufolge darauf hingewiesen, daß nach dem Versailler Vertrag Deutschland bezüglich des Memelgebiets auf alle Rechte und Ansprüche zugunsten der alliierten und assoziierten Hauptmächte verzichten und sich verpflichten mußte, die von diesen Mächten zu treffende Entscheidung über das Gebiet, insbesondere über die Staatsangehörigkeit der Bewohner anzuerkennen. Nachdem aber die Botschafterkonferenz durch den französischen Oberkommissar in Memel die Erklärung abgegeben hat, daß die Memeler vor der endgültigen Entscheidung über ihr Land gehört werden sollen, ist die deutsche Botschaft in Paris seitens des Auswärtigen Amts beauftragt worden, darauf zu dringen, daß die Botschafterkonferenz dieses Versprechen einlöst.

Die englische Sphinx.

Der Vollzugsausschuß des nationalen unionistischen Verbandes hat eine Entschließung angenommen, durch die der Vorsitzende des Verbandes angewiesen wird, unverzüglich eine Konferenz einzuberufen. Nach Ansicht des politischen Berichterstatters des „Evening Standard“ erscheint als sicher, daß Lloyd George nach der morgigen Zusammenkunft der Konservativen im Carltonclub dem Könige die Auflösung des Parlaments anraten werde.

Sozialisierung von „unten“.

Von Hermann Lüdemann, M. d. L.

II.

Es bestehen heute im Reich bereits über 200 soziale Baubetriebe. In ihnen werden etwa 20 000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt, denen im verflossenen Jahre rund 200 Millionen Mark Löhne und Gehälter ausgezahlt wurden. Eine ganz respektable Leistung, wenn man bedenkt, daß die Mehrzahl der Betriebe erst 1920 oder Ende 1919 gegründet worden ist, heute also höchstens auf ein ein- bis zweijähriges Bestehen zurückblicken kann! Die meisten haben die Form der Genossenschaft. Es ist allmählich aber erkannt worden, daß diese Form für Produktivbetriebe wenig geeignet ist. Es liegt dies in der Hauptsache daran, daß die Kapitalkraft der einzelnen Genossenschaften naturgemäß ziemlich eng begrenzt ist, und ohne beträchtliche Geldmittel ist nun einmal kein erfolgreicher Wettbewerb mit den privatkapitalistischen Unternehmungen möglich. Außerdem ist in der Genossenschaft die Geltendmachung gemeinwirtschaftlicher Tendenzen in ausreichendem Maße nur unter bestimmten Voraussetzungen möglich. Die jüngeren Gründungen haben daher eine andere Gesellschaftsform angenommen, und die älteren Betriebe gehen mehr und mehr dazu über, sich entsprechend umzustellen. Die moderne Form für Produktivbetriebe ist die „Bauhütte“. Ihre Rechtsform ist die G. m. b. H. Ihre Geldgeber sind einerseits die gewerkschaftlichen Verbände der Arbeiter und Angestellten, in erster Linie der baugewerblichen Hand- und Kopfarbeiter, andererseits die öffentlichen Kör-

verschaften — Gemeinden, Kreis- und Provinzialverbände — sowie die wirtschaftlichen Organisationen der Wohnungskonsumenten (gemeinnützige Siedlungsgesellschaften, Baugenossenschaften usw.) und vor allem die vom Staat errichteten Wohnungsfürsorgegesellschaften (in Preußen „Heimstätten" genannt), denen die Verteilung der staatlichen Wohnungszuschüsse obliegt und denen ausdrücklich die Verbilligung des Wohnungsbaues als Aufgabe zugewiesen ist.

Die *Betriebsmittel* der sozialen Baubetriebe, soweit sie dem Verband sozialer Baubetriebe angegliedert sind, dürften sich zur Zeit auf weit über 100 Millionen Mark belaufen. Einen besseren Maßstab für die Größe der Bewegung und ihre Bedeutung für den Wohnungsbau bietet der Umfang der tatsächlich ausgeführten Arbeiten. Nach dem letzten Tätigkeitsbericht des Verbandes sozialer Baubetriebe hatten die 200 ihm angeschlossenen Bauproduktivbetriebe am 1. April einen *Auftragsbestand von 470 Millionen Mark*. Hiervon entfielen 30 vom Hundert auf Aufträge öffentlicher Organe und 48 vom Hundert auf gemeinnützige Siedlungsgesellschaften. An dem Rest sind vornehmlich Konsumgenossenschaften, Gewerkschaften usw. beteiligt. Die sozialen Baubetriebe haben demnach ihren Satzungen getreu überwiegend für gemeinnützige Organe gearbeitet. Bauten für eigene Rechnung werden von ihnen überhaupt nicht errichtet. Dagegen haben sie, soweit es bei der fortgesetzten Geldentwertung im Rahmen ihrer vorläufig noch sehr knappen Geldmittel möglich war, sich eine Anzahl baustofferzeugende Betriebe, wie Ziegeleien, Sägewerke, Plattenfabriken, eine Schiefergrube u. a. m. angegliedert, die zur Verbilligung der Bauausführung dienen.

Da die Bauhütten *keinerlei Gewinne ausschütten dürfen* und ihren Geldgebern lediglich eine mäßige Verzinsung des eingebrachten Kapitals gewähren, können sie naturgemäß billiger arbeiten als die privatkapitalistischen Unternehmer, zumal da sie infolge ihrer sozialen Arbeitsmethoden auch weniger Arbeitspersonal brauchen und deshalb allgemein geringere Betriebsunkosten haben. Es ist durch zahllose Einzelvorgänge festgestellt worden, daß sie ihre kapitalistische Konkurrenz um bedeutende Summen unterboten und dadurch in allen Gegenden, wo soziale Baubetriebe bestehen, eine spürbare Preissenkung im Wohnungsbau herbeigeführt haben. Den Nutzen haben zunächst die Mieter, haben vor allem aber Staat und Gemeinden, die auf diese Weise mit ihren aus öffentlichen Mitteln gewonnenen Wohnungszuschüssen und Baudarlehen mehr Wohngelegenheit haben schaffen können, als wenn sie einfach der unbeschränkten Preisdiktatur des kapitalistischen Unternehmertums ausgeliefert gewesen wären. Es erweist sich also, daß das Stück Gemeinwirtschaft, das durch die Tatkraft der baugewerblichen Kopf- und Handarbeiter in einem der wichtigsten Gewerbezweige geschaffen worden ist, einen großen Segen für die Allgemeinheit darstellt. Es ist zugleich ein Musterbeispiel für die Möglichkeiten *proletarischer Selbsthilfe*, das zur Nacheiferung anreizt und bei der Arbeitnehmerschaft aller Berufe Verständnis und freudige Unterstützung finden wird.

Maßnahmen gegen die Not.

Die freien Gewerkschaften hatten vor einigen Wochen, als infolge des großen Marksturzes und der jäh emporsteigenden Teuerung eine Panikstimmung in der Bevölkerung um sich griff, dem Reichsarbeitsministerium die Schaffung einer großzügigen Hilfsaktion für die notleidenden Bevölkerungsschichten vorgeschlagen. Die Gewerkschaften wiesen darauf hin, daß ähnlich wie im vorigen Jahr für Oppau dieses Jahr für die Hungernden und Darbenden in ganz Deutschland eine Sammlung veranstaltet werden könne und müsse. Es brauche aber nicht bei einer bloßen Sammlung zu bleiben, darüber hinaus könne ein großes Hilfswerk für ganz Deutschland aufgebaut werden. Die Gewerkschaften sahen zunächst von jeder zentralen oder zentralisierenden Beeinflussung ab. Sie wollten es der Initiative der Länder und Landesstelle überlassen, von sich aus, je nach den örtlichen Bedürfnissen und regionalen Notständen Pläne und Formen eines Hilfswerkes zu schaffen.

Seit dieser Anregung von seiten der freien Gewerkschaften kam es dann auch in verschiedenen Gegenden und Städten Deutschlands zur Schaffung solcher Hilfsorganisationen. In Frankfurt a. M. wurde z. B. der Verein „Frankfurter Winternot" gegründet, der soeben 100 000 Mk. zur Erhaltung der Heimarbeitsbeschaffungsstelle für den Mittelstand und 400 000 Mk. zur Erweiterung des deutsch-englischen Mittelstandsdepots für notleidende geistige Arbeiter bewilligte. Bayern ist soeben mit dem Plan eines Hilfswerkes der bayerischen Erwerbsstände hervorgetreten, bei dem Landwirtschaft und Industrie, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Handel und Handwerk zusammenwirken sollen. In Württemberg hat man das Hilfswerk mit der Mittelstandsnothilfe verbunden. Es liegt auf der Hand, daß manche Hindernisse und Reibungen beseitigt werden müssen, bevor diese Hilfsorganisationen wirksam werden.

Finanzpläne im Reich.

Dem Reichstage ist ein Nachtragsetat zugegangen, der die Bereitstellung von Mitteln für die in den letzten Monaten erfolgte Aufbesserung der Beamtengehälter und Staatsarbeiterlöhne enthält. Außerdem wird der Reichsfinanzminister ermächtigt, zur Bestreitung von einmaligen außerordentlichen Ausgaben 120 Millionen Mark durch eine Anleihe flüssig zu machen. Zum Zwecke des zur Sicherung der Volksernährung erforderlichen Ankaufs von Auslands- und Inlandsgetreide sollen Reichsschatzanweisungen bis zur Höhe von 120 Milliarden Mark ausgegeben werden.

Dem Reichstag ist ferner eine Novelle zum Einkommensteuergesetz in der Form eines Initiativantrages der sozialdemokratischen Fraktion zugegangen. Danach soll für die ersten 300 000 Mark des steuerbaren Einkommens die Steuer 10 vom Hundert, für weitere 200 000 Mark 15 vom Hundert, für weitere 250 000 Mark 20 vom Hundert, für weitere 250 000 Mark 25 vom Hundert und weiter in Staffeln von je 500 000 Mark 30, 35, 40 usw. bis 60 vom Hundert betragen. In Abzug gebracht sollen in Zukunft für den Steuerpflichtigen und seine Ehefrau monatlich 160 Mk., für jedes Kind 320 Mark und für die Werbungskosten 450 Mark werden.

Englische Stimmen zur Kriegsschuldfrage.

Schwerwiegendes Verschulden der Regierung Asquith-Grey.

Der Führer der englischen Unionisten äußerte in einer Verteidigungsrede für Lloyd George u. a. folgendes: Die jetzige englische Regierung sei die Erbin der von Asquith und Grey eingeleiteten Politik. Der letzte Krieg sei das Ende der von Asquith dauernd gerügten „geübten Berufsdiplomatie" gewesen. Obgleich er nicht sagen wolle, daß der Weltkrieg hätte vermieden werden können, so stelle er doch fest, daß eine bestimmte Erklärung der britischen Politik vor dieser Zeit und auf Seiten Deutschlands die Kenntnis, wie weit es gehen könne, und wo es Halt machen müßte, die Ereignisse in großem Maße hätte beeinflussen können.

Das schwedische „Stockholms Dagbladet" führt aus: Die Rede des englischen Ministers hat, soweit sie sich auf die Politik des ehemaligen englischen Außenministers Grey im Hochsommer 1914 bezieht, welthistorische Bedeutung, weil darin deutliches Eingeständnis der englischen Mitschuld am Kriege liege. Die Zeitung schreibt, es sei die Politik der Geduldsprobe gewesen, die 1914 Deutschland in Unkenntnis der Haltung Englands gehalten habe, und deshalb sei der Krieg in vollen Flammen ausgebrochen. Es habe erst einer innerpolitischen Explosion in Rußland bedurft, damit dieses Eingeständnis einmal gemacht worden sei. Aber nun sei es gemacht, und die Menschheit, die im Versailler [illegible] die Hauptursache der langen Leidenszeit erkannt habe, habe einen Grund mehr, die Revision des schändlichen Machwerks zu verlangen, das Deutschland allein die Schuld auferlege, nachdem jetzt die Entente selber durch einen ihrer ersten Vertreter einen sehr großen Anteil an der Verantwortung am Kriege auf sich genommen habe.

Protest gegen die Rheinlandkommission.

Die Rheinlandkommission in Koblenz hat bekanntlich durch einen unerhörten Eingriff in die deutsche Rechtsprechung die acht Monate Gefängnis, die dem Hochverräter Smeets in Köln wegen grober Beleidigung deutscher Beamter in mehreren Fällen zudiktiert worden waren, aufgehoben. Das Vorgehen der Rheinlandkommission ist besonders verletzend, weil sich unter den Beleidigten auch der Reichspräsident befindet. Wie der „Soz. Parlamentsdienst" erfährt, steht ein außergewöhnlicher diplomatischer Schritt der diplomatischen Vertreter Deutschlands bei den Ministerpräsidenten derjenigen Staaten bevor, die in der Rheinlandkommission vertreten sind.

Der Führer der russischen Sozialrevolutionäre Rubanowitsch †.

Der Führer der russischen Sozialrevolutionäre *Rubanowitsch* ist am 16. Oktober in Berlin am Herzschlag verstorben, nachdem er noch kurz zuvor während einer Sitzung der ausländischen Delegation eine lange tiefempfundene Rede gehalten hatte. In der russischen revolutionären Bewegung hatte er seit den 70er Jahren eine führende Rolle gespielt.

Die Erhöhung des Umlagegetreidepreises. Der Reichstag trat gestern in die erste Beratung der Vorlage ein, welche die Preise des Umlagegetreides für das erste Umlagedrittel für die Tonne Weizen von 7400 auf 22 500 Mk., Roggen von 6000 auf 20 500 Mk., Gerste von 6700 auf 19 000 Mk. und Hafer von 6600 auf 18 000 Mark erhöhen will. Reichsernährungsminister Fehr erklärte: Die Regierungsvorlage ist nichts anderes als die Folge der Verschlechterung der Markkurse. Die jetzigen Sätze entsprechen nicht mehr der Lage. Die Vorlage wird einem Ausschuß überwiesen.

Der 11. August als Nationalfeiertag. Das preußische Staatsministerium wird im Reichsrat für die Einsetzung des 11. August als Nationalfeiertag eintreten und sich dafür einsetzen, daß an diesem Tage allgemein in den Reichsfarben geflaggt werden soll.

Ein sozialdemokratischer Stadtverordneter verhaftet. Ein Kölner Kriminalassistent, der sozialdemokratischer Stadtverordneter ist, wurde von der französischen Besatzungsbehörde verhaftet und in das Gefängnis zu Mainz eingeliefert. Näheres über die Angelegenheit konnte noch nicht festgestellt werden.

Freigelassene Avignon-Gefangene. Acht Avignon-Gefangene sind in der Sonntagnacht in Ludwigshafen eingetroffen. Die Freigelassenen stammen zum größten Teil aus Norddeutschland.

Die Wahlen zum litauischen Parlament ergaben bei einer Wahlbeteiligung von zirka 80 Proz. der Wähler 44 Proz. der Stimmen für die christlichen Demokraten, 33 Proz. für die Volkssozialisten, 10 Proz. für die *Sozialdemokraten*, 3 Proz. für die Fortschrittler, 1 Proz. für die Polen, 5 Proz. für die Juden und 2 Proz. für Parteilose.

Griechische Sparsamkeitsmaßnahmen. Der Führer der griechischen Delegation beim Völkerbund Streit ist abberufen worden. Die griechische Regierung hat beschlossen, aus Gründen der Sparsamkeit die griechischen Gesandtschaften in Berlin, Wien, Madrid, Tokio, Petersburg, Kopenhagen, Christiania, Brüssel, dem Haag, Stockholm, Warschau und Durazzo aufzuheben.

Das Couleurstudententum.

Ueber diese auch in Danzig viel zu wenig beachtete Erscheinung stellt Viktor Franzius in der „Weltbühne" eine Betrachtung an, der wir folgendes entnehmen:

Ungerecht, wie die Deutschen einmal sind, haben die wenigsten von ihnen auch nur eine annähernd richtige Vorstellung von der Bedeutung des Couleurstudententums. Die meisten halten es für eine Jugendeselei — das Bürgertum für eine harmlose, die Arbeiterschaft, die ein instinktives Gefühl für das Anmaßende und Herausfordernde hat, für eine weniger harmlose, aber immer noch für eine Jugendeselei. Die Verkennung der wahren Bedeutung des Couleurstudententums hat sich an dem republikanischen Deutschland schwer gerächt. Trotz dem guten Willen der großen Mehrheit des deutschen Volkes ist an eine *Demokratisierung* Deutschlands nicht zu denken, solange das Couleurstudententum die Rechtspflege, die innere Verwaltung und die wichtigsten Zweige der staatlichen, kommunalen und privaten Wirtschaft kontrolliert. Wir entrüsten uns bei dem Gedanken, daß amerikanische Milliardäre die wichtigsten Rohstoffe der Welt kontrollieren, ein armseliger Stinnes einen Teil der deutschen Industrie, und haben verschlossene Augen vor der Tatsache, daß das Couleurstudententum einen ganzen Staat mit allen Einrichtungen und Hilfsquellen beherrscht.

Die im *deutschen Waffenring* zusammengeschlossenen Couleurstudenten nach Korps, Burschenschaften, Landsmannschaften, Turnerschaften zu klassifizieren, ist überflüssig: es käme dabei nicht mehr heraus, als daß die einen reaktionär, die anderen erzreaktionär sind, die einen es mit der Deutschen, die andern mit der Deutschnationalen Volkspartei halten. Die freiheitliche Vergangenheit der bürgerlichen Burschenschaften, die sich einst im Gegensatz zu den adligen Korps fühlten, ist längst dahin und seit 1848 in das Gegenteil verkehrt, wo das Bürgertum mit dem Adel auf Kosten der Arbeiterschaft einen ewigen Frieden schloß. Die Rolle des Adels wäre in Deutschland längst ausgespielt gewesen, wenn er nicht vom bürgerlichen Adel, das heißt: vom Couleurstudententum gestützt worden wäre.

Was von dem Couleurstudententum nach außen sichtbar ist, das sind die bunten Bänder und Mützen, Bier- und Weinzipfel, zerschlagene Visagen, bandagierte Köpfe. Bezirkelungen aller möglichen und unmöglichen Gebrauchsgegenstände für Couleur-Brüder und -schwestern, Aufzüge in vollem Wichs mit und ohne Droschke, Couleurbummel mit und ohne Bismarckköter und das ganze Brimborium an und in den Vereinshäusern, Stammkneipen, Paukböden und an den Ex[illegible] — mit einem Worte: *der ganze Bierstaat*. Zu dieser äußern „Aufmachung" kommt das ganze Gehabe und Getue, der kommentmäßige „Benimm", der sich als Geblödel in Wort, Gebärde und Bewegung kennzeichnet.

Mit welcher Verachtung der Couleurstudent auf den gewöhnlichen Sterblichen herabblicken muß, läßt sich am besten daran ermessen, wie er sich zu seinen nichtfarbentragenden Kommilitonen stellt. Da heißt es in einem von Studiosus Rettich herausgegebenen „Ratgeber für Farbenstudenten": „Geht man mit einem nichtfarbentragenden Kommilitonen, so muß dieser einen rechts gehen lassen. Achtet er nicht darauf, so erinnere man ihn höflich daran." Dies die Arroganz dem akademischen Mitbürger gegenüber; nun ziehe man einen Rückschluß darauf, wessen sich der Nichtakademiker oder gar der Arbeiter zu versehen hat.

Die Auswirkung des Couleurstudententums liegt in den Händen der Alten Herren. Sichtbare Zeichen davon, daß es auch über die Aktivjahre hinaus lebt, sind u. a. die bezirkelten Anzeigen in rechtsstehenden Blättern, in denen der unterzeichnete CC die couleurfähige Oeffentlichkeit von dem Ableben seines lieben AH Soundso (aktiv von bis) „geziemend" in Kenntnis setzt. Interessanter ist das, wovon die Oeffentlichkeit nichts merkt. Wer hinreichend Gelegenheit hat, das Wirken der Alten Herren zu beobachten, wird nur zu bald herausfinden, daß sich hinter dem Aushängeschild des Patriotismus eine Stellenjägerei und Geschäftsschieberei schlimmster Sorte verbirgt. Geradezu rührend ist die Fürsorge der Alten Herren für den Nachwuchs. Alles Erreichbare, einflußreiche Stellen und einträgliche Geschäfte, wird dem Verbindungsbruder zugeschanzt. Die Sache geht so weit, daß bestimmte Stellen und ganze Abteilungen in einzelnen Zweigen der Staatsverwaltung und Privatwirtschaft ebenso bestimmten Verbindungen vorbehalten sind.

Der von den Linksparteien immer wieder erhobene Ruf nach einer *Demokratisierung der Verwaltung* muß wirkungslos verhallen, solange das Privilegium und der Einfluß des Couleurstudententums nicht gebrochen sind. Am verhängnisvollsten ist der Einfluß des Couleurstudententums in der *Rechtspflege*. Eine freiheitliche Rechtsprechung, wie sie England seit Jahrzehnten besitzt, wird sich bei uns niemals durchzusetzen vermögen, solange das Couleurstudententum die wichtigsten Stellen in der Rechtspflege beherrscht. Die *Schulreform* stößt auf den gleichen Widerstand. Unsre Wirtschaft kann nicht zur vollen Entfaltung ihrer Kräfte und zur höchsten Leistungsfähigkeit gebracht werden, solange das Couleurstudententum das Prinzip der Auslese durchkreuzt oder in seinem Sinne deutet. Man sehe sich doch danach um, ob unsre übelsten diplomatischen und andern Vertreter im Ausland nicht Couleurstudenten waren! Es ist durchaus nicht zuviel gesagt, daß das Couleurstudententum den Staat mit allen seinen Einrichtungen und Hilfsquellen beherrscht.

Wie lange kann man ohne Taucherschutz unter Wasser bleiben? Das Wassertauchen ohne Gerät wird wohl geübt, seit der Mensch mit Wasser umgeht. Es ist keine Kunst und erfordert nur die Brustmuskeln außer Tätigkeit zu setzen, den Atem anzuhalten. Zur Kunst wird Wassertauchen erst mit der erreichten Fähigkeit, ohne Gerät in größere Tiefen zu dringen, dort längere Zeit zu verweilen und Arbeit zu verrichten. Der ungeübte normale Mensch kann ohne Vorbereitungen eine Minute tauchen. Durch verhältnismäßig geringe Uebung — vor dem Abstieg einige Male tief Atem holen oder Sauerstoff inhalieren — können zwei Minuten Tauchzeit erreicht werden. Ein längeres Verweilen unter Wasser ohne Gerät setzt jahrelange Uebung voraus, und es ist erstaunlich, wie weit es darin die Perl- und Schwammfischer bringen. Vor einigen Jahrzehnten war bei der Werft in Kiel ein Japaner eingestellt, dessen Fähigkeit, 10 Minuten unter Wasser bleiben zu können, praktisch nutzbar gemacht wurde. Nach solchen Leistungen ist der Körper jedoch ungemein erschöpft; das kohlensäurebeladene Blut rinnt träge durch die Adern; der Mann steht kurz vor dem Erstickungstode. Nach kurzer Erholung wird wieder getaucht, und so tagaus, tagein, der Körper immer wieder äußersten Erschöpfungen unterworfen. Perl- und Schwammtaucher erreichen deshalb nur ein Alter von 30 bis 40 Jahren; die letzten Jahre sind Siechtum.

Beilage der Danziger Volksstimme

Nr. 246 | Donnerstag, den 19. Oktober 1922 | 13. Jahrgang

Danziger Nachrichten.

Die Preise in Danzig und in anderen Städten.

Das Statistische Amt Danzig gibt häufigste Kleinhandelspreise wichtiger Lebensmittel und Bedarfsartikel in Danzig und in einigen Städten Deutschlands nach dem Stande vom 1. Oktober bekannt. Mit dem Milchpreis von 20 Mark pro Liter stand Danzig am 1. Oktober an letzter Stelle. Der inzwischen auf 22 Mk. erhöhte Preis wird auch in anderen Städten gezahlt. Der Preis für Butter war am 1. Oktober in Danzig ebenfalls niedriger als in anderen Städten, wobei jedoch zu bemerken ist, daß der Preis inzwischen auf 820 Mk. pro Pfund erhöht wurde und trotzdem nur sehr selten Butter zum Höchstpreis zu haben ist. Der Danziger Margarinepreis weicht nicht wesentlich von den Preisen in den anderen Städten ab. Kartoffeln wurden am 1. Oktober in Danzig und Elbing mit 6 Mk. pro Pfund bezahlt, in anderen Großstädten, namentlich in Berlin und den Industriestädten Westfalens, waren die Kartoffelpreise höher. Dagegen steht Danzig mit seinen Mehl- und Brotpreisen an erster Stelle. Gerade bei diesem wichtigen Nahrungsmittel zeigt sich gegenüber den anderen Städten ein großer Preisunterschied. So betrug der Höchstpreis für Weizenmehl in Danzig 17 Mk. pro Pfund, in Elbing 9 Mk., in Halle a. S. 9,60 Mk., in Dortmund 9 Mk. Auch der Danziger Freihandelspreis für Weizenmehl wird von keiner anderen Stadt erreicht. Er betrug in Danzig 60 Mk., in Elbing nur 45 Mk. und selbst in Berlin nur 54 Mk. pro Pfund. Der Höchstpreis für Roggenmehl betrug in Danzig 17 Mk. pro Pfund, in Elbing 8,50 Mark, in Halle a. S. 9 Mk. Für 1 Pfund Weizenbrot war in Danzig der Höchstpreis 15 Mk., in Elbing 10,28 Mark, in Berlin 14,50 Mk., in Düsseldorf 11 Mk. Im freien Handel wurde ein Pfund Weizenbrot verkauft in Danzig für 65 Mk., in Elbing für 25 Mk., in Berlin für 40 Mk., in Kiel für 35 Mk., in Dortmund für 40 Mk., in Stuttgart für 42 Mk. Für Roggenbrot bestand in Danzig ein Höchstpreis von 15 Mk. pro Pfund, in Elbing zahlte man 9,72 Mk., in Berlin und Düsseldorf 10 Mk., in Stuttgart 8,50 Mk. Der Danziger Freihandelspreis für Roggenbrot wird nur von Berlin, Dortmund und Köln überschritten. Der Berliner Preis ist nur um ein geringes höher. Die Preise für Streuzucker sind sehr unterschiedlich. In Danzig besteht ein Höchstpreis von 85 Mk.; im freien Handel zahlt man in Berlin 65 Mk., in Halle a. S. dagegen nur 21 Mk. Die hiesigen Fleischpreise bleiben hinter den deutschen Preisen zurück. Der Preis für ein Ei ist für Danzig mit 16 Mk. angegeben, für Elbing mit 15 Mk., für Berlin mit 22,50 Mk. Unterschiedlich sind die Preise für Steinkohlen. In den westlichen Industriestädten sind die Preise am niedrigsten, am höchsten in den süddeutschen Großstädten, wobei die Frachtkosten nicht ohne Einfluß sind. Die Danziger Preise für Braunkohlenbriketts stehen mit an erster Stelle. Die hiesigen Preise für Käse sind niedriger als in deutschen Großstädten.

Wie Danziger Richter die Ernährungsgesetze schützen.

Der Konditor Karl Braun in Danzig stellte Schlagsahne her und verkaufte sie in seiner Konditorei, obwohl dieses verboten ist. Er wurde angeklagt und erhielt einen Strafbefehl über 45 000 Mark. Gegen diesen Strafbefehl erhob er Einspruch und die Sache kam vor das Schöffengericht. Der Amtsanwalt beantragte gleichfalls die Strafe von 45 000 Mark, da den Ernährungsgesetzen Achtung verschafft werden müsse. Das Schöffengericht begnügte sich aber mit einer Strafe von 3000 Mark.

Solch eine geringe Strafe soll nun auf einen Geschäftsmann und die andern Geschäfte Eindruck machen. Solche Strafe wirkt ermunternd, weil der Uebertreter sich sagt, auf dieses geringe Risiko hin werde ich das Gesetz schon übertreten, weil ich dann immer noch ein gutes Geschäft mache. Wer sich an fremdem Eigentum vergreift, was oft aus bitterster Not geschieht, kommt ins Gefängnis; im Wiederholungsfalle ins Zuchthaus. Hier „bestraft" man jemand, der sich aufs schwerste gegen die Interessen der Allgemeinheit vergangen hat, mit 3000 Mark, die für ihn vielleicht einen Stundenverdienst bedeuten.

Neue Lohnvereinbarungen im Baugewerbe.

In Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe Danzig-Stadt und den baugewerblichen Arbeiterorganisationen wurde vereinbart, daß die Stundenlöhne vom 16. Oktober ab betragen: für Maurer, Zimmerer, Zementfacharbeiter, Einschaler für Beton 150 Mark, für Zementarbeiter 145 Mk., für Bauhilfsarbeiter 143 Mk., für Tiefbau-, Erd- und Platzarbeiter 141 Mk., für jugendliche Arbeiter von 15—17 Jahren 70 Mk., für jugendliche Arbeiter unter 15 Jahren 60 Mk.

Backverbot für freigeschobenes Brot.

Von der Senatspressestelle wird uns geschrieben: Infolge des nassen Sommers und des Auswuchses ist das zur Ablieferung kommende Brotgetreide immer noch nicht genügend durchgetrocknet und hat das Mehl noch immer einen höheren Feuchtigkeitsgehalt als in normalen Jahren. **Um ein besseres Durchbacken des Brotes und eine bessere Verdaulichkeit zu erreichen, hat der Senat verordnet, daß in Zukunft nur sogenanntes angeschobenes Brot gebacken werden darf.** Die runden oder freigeschobenen Brote sehen wohl äußerlich besser aus als die angeschobenen und sind im Publikum beliebter, sie lassen sich aber nach dem Urteil Sachverständiger schwerer durchbacken, als die zusammengeschobene Ware. Es wird dadurch auch ein sparsamerer Verbrauch der Heizmaterialien erreicht.

Verfallene Kaution eines Taschendiebes. Der Kaufmann Stefan Jagierski aus Warschau kam nach Danzig und wurde hier wegen eines Taschendiebstahlsverdachts verhaftet. Er soll im D-Zug einer Dame eine Uhr mit Kette gestohlen haben. Gegen Zahlung einer Sicherheitssumme von 39 000 Mark wurde er aus der Haft entlassen. Vor dem Schöffengericht stand nun der Termin in seiner Sache an. Der Angeklagte war aber nicht erschienen. Die hinterlegte Summe wurde als verfallen erklärt. Es würde sich empfehlen, die Sicherheitssumme stets so hoch zu bemessen, daß sie unter allen Umständen als eine ausreichende Geldstrafe für die Straftat anzusehen ist.

Ein zärtlicher Ehemann. Der Arbeiter Franz Borkowski suchte seine von ihm getrennt lebende Ehefrau in ihrer Wohnung auf zwecks einer sogenannten Aussprache. Diese Aussprache endete damit, daß B. seiner Frau einen gefährlichen Stich am Halse beibrachte. Die Frau brach hilflos zusammen, während B. sich entfernte. Hausbewohner nahmen sich der Frau an, die 14 Tage im Krankenhause zubringen mußte. Nach ärztlichem Urteil hätte der Stich leicht lebensgefährlich werden können. Das Schöffengericht verurteilte Borkowski wegen der rohen Tat zu 8 Jahren Gefängnis.

Das teuere Kalthof.

Uns wird geschrieben: Mit größtem Erstaunen wird wohl sicherlich so mancher Leser der Tageszeitungen gelesen haben, daß bei den teueren Orten des Freistaats der Ort Kalthof an zweiter Stelle, gleich nach Zoppot, steht. Bei Zoppot darf man sich wohl kaum wundern und muß sich andererseits sagen, daß die Teuerung keine so unerwartete für diesen „Ort der Ausländer" ist, wenn auch sie manch einem, der ängstlich um seinen Lebensunterhalt sorgen muß, erschreckend klar machen dürfte, wohin der Freistaat mit seiner verkehrten Lebensmittelpolitik steuert.

Wie, fragt sich nun aber sicherlich mancher Mitbürger, kann eine ländliche Gemeinde wie Kalthof als die zweite der teueren Ortschaften rangieren? Diese Frage ist berechtigt und leicht zu beantworten für den, der die Verhältnisse kennt. Es sind die unzähligen Händler mit oder ohne Gewerbeschein, die uns im Großen Werder das Leben verteuern helfen. Diese Leutchen, deren eine Unmasse täglich von und nach Kalthof und seiner Umgebung reisen, kaufen alles was an Lebensmitteln vorhanden ist, zu den höchsten Preisen; ja, sie überbieten sich sogar so enorm gegenseitig, daß man oft genug z. B. auf dem Bahnhof Kalthof hören kann, wie sie sich gegenseitig ihre Preistreibereien vorwerfen. Sie gehen zu den Besitzern und holen dort Eier, Butter, Geflügel usw. zu Preisen ab, die dem weniger kaufkräftigen Publikum von vorneherein Schrecken einjagen. Kein Wunder, daß dann die Besitzer für sonstige Käufer „nichts mehr haben"! Weshalb z. B. erhalten überhaupt Frauen, deren Männer eigenen guten Verdienst haben (Besitzer, Schmiedemeister usw.) Handelsgewerbescheine ausgestellt? Oder gar Beamtenfrauen? Weshalb dürfen Beamte selbst, die auf dem Lande wohnen, ihre Landerzeugnisse (Gemüse und Obst) zu hohen Preisen nach Danzig verkaufen? In Kalthof kann man täglich beobachten, daß Händler Hunderte von Mandeln Eier in Kiepen und wer weiß wieviel Käse, Geflügel usw. fortschleppen.

Weshalb erteilt die dafür verantwortliche Stelle immer wieder Handelsgewerbescheine? Nur um des Verdienstes willen, der daraus der Staatskasse entsteht? Bedenkt man denn dabei garnicht, daß wer weiß wie viele Familien durch die unzähligen Händler geschädigt werden und sich nicht das Nötigste kaufen können! Weshalb darf z. B. der Preis für Petroleum, für Spiritus und Mittel der täglichen Nahrung, wie Fleisch, Brot, Fett usw. von Tag zu Tag gesteigert werden? Oder für Butter und Käse? Nur um bestimmten Interessentengruppen damit helfen? Wie in dem letzten Falle „den armen Molkereibesitzern"? Hört man diese Herren reden, so denkt man unbedingt, sie ständen alle vor dem Bankerott! Oder weshalb darf eine Frau eines als „bestituierten Handwerkers", jetzigen Rentiers und mehrfachen Hausbesitzers bekannten Landwirts trotz des festgesetzten Höchstpreises für Milch ständig den Gesetzen Hohn sprechen, indem sie als Selbsterzeugerin und das ist doch wohl jeder Viehhalter, der eigene Weide usw besitzt, den Höchstpreis monatelang überschreitet? Eine Anzeige, die anhängig gemacht wurde, suchte bislang gar nichts.

Oder wie ist es angängig, daß Firmen Holz, das sie neben anderen Lieferungen liegen haben, zu erschreckend hohen Preisen „zum angeblichen Tagespreise" verkaufen und damit tausende Mark an wenigen Raummetern verdienen?

Gegen diese Wucherpreise und den Schieberhandel muß die Regierung ganz energisch vorgehen, jedoch nicht in langatmigen Verfügungen, sondern in positiver Arbeit und energischem Durchgreifen! Dann werden die erstaunlich hohen Teuerungszahlen für die kleinen Ortschaften verschwinden und man könnte auf bessere Lebensmöglichkeit für die kleinen Leute hoffen.

Der Büttnerbauer

Roman von Wilhelm von Polenz.

19) (Nachdruck verboten.)

Jetzt hielt sich der Bauer nicht länger. „Ich ho mich gehalten dreißig Jahre lang, der Herrschaft zum Trotze! Mich wardt er ne uffrassen, wiet'r ringsrim alles ufgefrassen hoat, mich ne! Wenn der Bauer alle wird, wer is'n dran schuld, wenn nicht die Rittergüter? Auf uns Bauern hackt a alles ei, de Beamten wie der Edelmann. Nu solln mer och noch 's latzte Bissel hergahn, dos mer hoan. Nun Haus und Hof mechten se uns rungertreibe, alles mechten se schlucken, bis mer gar an Bettelstabe sein. Dazumal, als se teelten — regulieren taten se's heeßen — 's is nu schun a Hardell Jahre her, mei Vater selch hat mer's derzahlt — do hat mei Grufvater an dritten Teel vun Gutte hergahn missen ans Rittergut. Und hernachen wor's immer noch nich genug. Do mußte mei Vater selch no ane Rente abzahlen, wie viele Jahre durch! — Nu sollt ees denka, mer wär' frei gewurn, weil mer an Hofedienst und a Fronde los sen. Aber ne! nu kimmt a Edelmann su vun hinten rim und mechte unsereenem's Gut abluchsen. Aber, da gibt's nischt! Mir Pauern sein och nich mehr so tumm. Mir sein a nimmer de Untertanen nich vun an gnädigen Herrn. Wenn mir wullen, do brauchen mer ne! Zun verkesen kann mich keiner ne zwingen, och der Graf ne!"

Der Hauptmann hatte diesen Ausbruch bäuerlichen Selbstbewußtseins mit Verständnis und Teilnahme angehört. So wie ihn der alte Mann zu Wort kommen ließ, sagte er: „Ich kann das alles mit Ihnen fühlen, Büttner! Ich habe auch einmal ein Gut besessen, ein schönes, großes, vom Vater ererbtes Rittergut. Ich habe den Grund und Boden, auf dem ich geboren war, lieb gehabt, so gut wie Sie Ihr Gut lieben. Genau wie Sie dachte ich damals. Aber die Verhältnisse sind oft stärker als unser Wille. Was will man machen! Ein paar Mißernten und dann die Hypotheken, mein Lieber! die Hypotheken! Das ist der zehrende Fraß, der den Grundbesitzer vernichtet. Das ist schlimmer als Feuersbrunst, Hagel und alle Gewitter zusammen. Auf verschuldetem Grunde sitzen, das ist, als ob dir einer eine Schlinge um den Hals geworfen hätte, und wenn du die Füße losläßt, hängst du drinnen. Da gibt es keine Rettung. Der größte Fleiß, die größte Sparsamkeit nützen da nichts, du bist kein freier Mann mehr, du hängst von etwas ab, das du nicht kontrollieren kannst, und das lähmt dich. — Mit blutendem Herzen habe ich meinen Besitz fahren lassen müssen. Sequestration, Zwangsversteigerung, alles habe ich durchgemacht! Sie sehen, mein guter Büttner, ich kann hier mitreden."

Der Hauptmann schwieg und strich sich mehrmals erregt den Bart, ihn von oben nach unten durch die hohle Hand gleiten lassend. Er seufzte. „Gott schütze Sie, mein Lieber, vor alledem!"

Der alte Bauer war stille geworden in seiner Ecke. Die Worte des anderen hatten Eindruck auf ihn gemacht.

Hauptmann Schroff fuhr fort: „Es ist nicht leicht als älterer Mann, ein Stück hergeben von dem, was man durch ein ganzes Leben sich gewöhnt hat, als sein Eigentum zu betrachten. Sitzt da irgendwo in der Stadt ein Kerl, der hat eine Hypothek auf dein Gut erworben. Und dieser Mensch, der mit dem Grund und Boden nicht das geringste zu tun hat, der nicht ackert, pflügt oder säet, der hat nun Gewalt über dein Gut. Der kann dich runtertreiben, wenn es ihm paßt. Wie eine Ware kommt dein Eigentum unter den Hammer. Und das, was Generationen gepflegt und kultiviert und geliebt haben wie ihren Augapfel, wird nun zerschlagen und zerschlachtet von Fremden. Und draußen sitzen wir! Als älterer Mann mit Familie muß man sich nach Brot umsehen. Das ist nicht leicht, mein Lieber, das ist nicht leicht!"

Der Hauptmann schwieg und blickte gesenkten Hauptes zu Boden, als sei dort irgendwas Interessantes zwischen seinen Stiefelspitzen zu erblicken.

Auch der Büttnerbauer sagte kein Wort. Der Mann hatte recht! so war es, genau so! Wie oft hatte er nicht ebenso empfunden, wenn er mit Angstschweiß die Zinsen für seine Gläubiger aufzubringen sich müßte. Der Mann wußte wie es zuging, wahrhaftig, der durfte mitreden.

Der Hauptmann riß sich aus seinem Nachdenken. „Nun wollen wir aber mal von unserer Sache reden, Büttner! Ich weiß, wie's mit Ihnen steht. Ich gebe Ihnen den wohlgemeinten Rat: verkaufen Sie Ihren Besitz! Das ist das einzige Mittel, das Sie noch retten kann. Zahlen Sie von dem Erlös einen Teil der Grundschulden ab, sonst bricht Ihnen eines Tages die Geschichte über dem Kopfe zusammen. Es geht Ihnen dann wie mir, Sie kommen um alles. Das Angebot, welches Ihnen der Graf machen läßt, ist kein schlechtes. Nehmen Sie's an! Ich spreche nicht etwa im Interesse meines Brotherrn, ich spreche zu Ihnen als ein Leidensgefährte."

Der Bauer schwieg eine Weile. In seinem Gesichte arbeitete es, als bewegten ihn die widersprechendsten Gefühle. Aber die Feindseligkeit war aus seiner Miene geschwichen. Schließlich erklärte er mit gedämpfter Stimme, wenn er auch wolle, die Hypothekengläubiger würden es gar nicht zulassen, daß er das Gut verkleinere.

Auf diesen Einwand war der Hauptmann gefaßt. „Natürlich würden die Gläubiger Einspruch erheben, wenn Sie das Pfandobjekt vermindern wollten ohne ihre Genehmigung. Mit den Leuten muß selbstverständlich verhandelt werden. Ich denke, wenn man ihnen eine entsprechende Abzahlung zusichert, werden sie sich bereit finden, die Einwilligung zur Dismembration zu erteilen. Es sind ja wohl lauter nahe Verwandte von Ihnen, die Gläubiger? Die werden doch so viel Interesse für die Erhaltung des Gutes beweisen, daß sie sich in diese notwendigen Maßregeln finden." —

Der Bauer schüttelte mit bitterem Lachen den Kopf. „Han Se ne das Sprichwort gehert: Blutsverwandte tut mer heeßen, die dich am erschten werden beeßen."

„Steht es so bei Ihnen? Ich kenne das Wort! es liegt was Wahres darin. Aber in Ihrem Falle, dächte ich, müßten die Verwandten ein Einsehen haben, wenn nicht aus Familiensinn, so vielleicht aus Egoismus. Die sind doch schließlich auch daran interessiert, daß das Gut in Ihren Händen bleibt. Denn können Sie sich nicht darauf halten, dann sind auch die Hypotheken gefährdet. Auf überschuldetem Besitz arbeitet der Eigentümer tatsächlich nur für die Gläubiger. Sie schinden und plagen sich, damit Ihre Verwandten den Zinsgenuß ungestört haben. So liegt die Sache doch in Wahrheit, mein Bester! Habe ich recht?"

„Recht han Se! Aber kein Se mal sumas zu an Gläubiger. Die gahn mer de Einwilligung ne, ich glob 's ne!"

(Fortsetzung folgt.)

Wann soll man den Arzt aufsuchen?

Es drängt mich, einige Worte zu sagen, die den Laien vor gefährlicher Selbstbehandlung bewahren sollen. Die Gefahr der Selbstbehandlung ist dadurch begründet, daß das Fundament, auf dem sich jede Behandlung aufbaut, beim Laien als ein zumindest sehr unsicheres bezeichnet werden muß. Darum soll einmal die Frage ventiliert werden, wann der Mensch in gesunden und kranken Tagen den Arzt konsultieren soll. Ich gehe von der Tatsache aus, daß es oft leichter ist, eine Krankheit zu verhindern, als eine ausgebrochene zu heilen. Die sogenannte Prophylaxe (Vorbeugung) z. B. ist ja von hervorragender Bedeutung für Geschlechtskrankheiten usw.

Außerdem sollte jeder vernünftige Mensch, der ein- bis zweimal jährlich eine Revision seiner Zähne beim Zahnarzt vornehmen läßt, es nicht versäumen, auch einmal im Jahre wenigstens seinen Gesundheitszustand ärztlich begutachten zu lassen. Durch rechtzeitige Beseitigung kleinerer Defekte lassen sich unangenehme, schwere Uebel vermeiden. Ja, es gibt Fälle beginnender chronischer Erkrankungen (z. B. der Lungentuberkulose), die oft ganz unbeachtet bleiben in einer Zeit, wo sachgemäße ärztliche Behandlung noch Einhalt bieten kann, die rechtzeitig feststellende Untersuchung kann hier lebensrettend sein.

Daß bei wirklich ernsthaften Erkrankungen der Arzt zugezogen werden muß, versteht sich von selbst.

Die meisten werden das wohl rechtzeitig tun. Wie wenig Kenntnisse das Laienpublikum besitzt, daß es auch bei schweren Fällen die ersten Tage selbst pfuscht, erhellt aus der Tatsache, daß schwere Diphtheriekranke am dritten oder vierten Krankheitstage erst in die Sprechstunde kommen, anstatt im Bett liegend am ersten Tage den Arzt rufen zu lassen.

„Herr Doktor, verschreiben Sie mir bitte etwas für meinen Hals, ich muß ersticken," waren die ersten Worte eines jungen Mannes mit schwerer Diphtherie, als er etwa am dritten Tage der Erkrankung zu mir kam.

Auf der andern Seite braucht man aber auch nicht überängstlich sein. Man vermute nicht hinter jedem kleinen Seitenstich eine schwere innere Organerkrankung, wenn er sich nicht wiederholt und das Allgemeinbefinden gut ist. Man lerne sich selbst gut körperlich kennen und frage sich stets nach Diätfehlern, Uebermaß im Rauchen usw. und schalte diese krankmachenden Ursachen aus.

Der Kassenpatient denke daran, daß er den Arzt nur dann aufsuche, wenn er ihn auch als Nichtkassenpatient aufsuchen würde, d. h., wenn er aus eigener Tasche den Arzt und die Arznei usw. bezahlen müßte.

Das nicht in Krankenkassen versicherte Publikum, das geneigt ist, den Arzt zu eigenem Schaden zu sparen, wo es nötig wäre, ihn zu befragen, lasse sich die Kosten nicht gereuen. Leider ist ja in der heutigen Zeit die schöne Stellung des Arztes in der Familie als Hausarzt immer seltener geworden, zumal oft die Mitglieder einer Familie in fünf oder sechs verschiedenen Kassen sind und jedes Mitglied sich seinen Arzt aussucht, heute den, im nächsten Quartal den andern.

Der praktische Arzt als Hausarzt kann die Hygiene in der Familie dauernd kontrollieren und das Gedeihen aller Familienmitglieder sichern helfen.

Ob die Krankenkassen wirklich in Gefahr geraten, wenn sich jedes Mitglied ein- bis dreimal im Jahre, auch in gesunden Tagen, dem Arzte vorstellt, kann ich nicht entscheiden. Ich möchte es indessen bezweifeln, da zehn verhütete Krankheitsfälle der Krankenkasse mehr ersparen, als die Kosten für die Behandlung nur einer ausgebrochenen Erkrankung betragen würden. Dies gilt besonders für alle Geschlechtskrankheiten. Und das Volkswohl verlangt gebieterisch gerade auf diesem heiklen Gebiete den Vorbeugungskrieg.

Dr. med. Lindenfeld

Diebespech. Der Maler K. B. in Danzig hatte sich vor dem gemeinsamen Schöffengericht wegen versuchten Diebstahls zu verantworten. Er ging in den Keller eines fremden Hauses und versuchte hier mit einer Kneifzange das Bleirohr aus der Wasserleitung herauszunehmen und zu stehlen. Er verstand aber nicht das Abstellen des Wassers, so daß das Wasser aus dem Loch strömte, das er mit der Kneifzange eingedrückt hatte. Nun mußte er von seinem Vorhaben ablassen und verließ den Keller. Der Vorgang wurde aber bemerkt und man sah auch, wie er den Keller verließ. Mit Hilfe der Polizei wurde er eingeholt und festgenommen. Die Kneifzange wurde bei ihm vorgefunden. Er leugnet die Tat, doch wurde er überführt und das Gericht verurteilte ihn wegen versuchten Rückfalldiebstahls zu 9 Monaten Gefängnis.

Oliva. Keine Kohlen auf Brennstoffkarten mehr! Der Gemeindevorsteher macht bekannt, daß auf Brennstoffkarten keine Kohlen mehr geliefert werden können. Er weist die Haushaltungen darauf hin, daß es ratsam ist, sich rechtzeitig mit dem erforderlichen Brennmaterial für den Winter im freien Handel einzudecken. Diesen guten Rat würden die Olivaer Arbeiter gern befolgen, wenn nur die nötigen Geldmittel vorhanden wären. Die im Umlauf befindlichen Brennstoffkarten werden für ungültig erklärt.

Oliva. Aus der Fleischerinnung ausgeschlossen wurde der Fleischermeister B. Frommann jun. in Oliva, weil er bekanntlich Fleisch von ungeborenen Tieren zu Wurst verarbeitet hatte und deshalb gerichtlich bestraft worden ist.

Zoppot. Ein kompromittierter Stadtverordneter. Vor dem Zoppoter Schöffengericht fand Dienstag ein bemerkenswerter Beleidigungsprozeß statt: Der Stadtverordnete Wolfsohn hatte gegen den Vorsitzenden des Zoppoter Bürgervereins Architekt Lippke Beleidigungsklage erhoben, weil von letzterem behauptet wurde, daß Stadtv. Wolfsohn sich für seine Stellungnahme im Amte hinsichtlich der Einfüchenbauer Vorteile habe bewilligen lassen. Lippke trat den Wahrheitsbeweis an, so daß ein Freispruch erfolgte.

Tiegenhof. Mit dem Schicksal des Realgymnasiums soll sich eine öffentliche Versammlung beschäftigen, die auf Sonnabend vom Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung einberufen worden ist. Die städtischen Körperschaften weigern sich bekanntlich, ohne Staatszuschüsse das Realgymnasium weiter aufrechtzuerhalten. Die Anstalt wird von etwa 200 Schülern, größtenteils aus den umliegenden Landgemeinden besucht. Es sind etwa 20 Lehrkräfte vorhanden, deren Gehälter jährlich rund 3½ Millionen Mark betragen. Hierzu kommen noch die Kosten für Unterhaltung des Gebäudes und für Heizung. Eine Erhöhung des Schulgeldes für die auswärtigen Schüler ist nicht möglich, weil der Senat die Schulgeldsätze festgelegt hat. Große Teile der Bevölkerung Tiegenhofs stehen auf dem Standpunkt, daß es ungerecht sei, die gesamten Lasten der städtischen Bevölkerung aufzubürden.

Aus dem Osten.

Königsberg. 15 Millionen Mark für Hafenbauten bewilligte der ostpreußische Provinziallandtag, in der Erwartung, daß Reich und Staat ebenfalls entsprechende Mittel zur Verfügung stellen werden. Der Provinziallandtag betonte ferner die Notwendigkeit des Ausbaues der Memel-Pregel-Wasserstraße und des Seekanals. — Auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion wurden 8 Mill. Mark bereitgestellt zur Linderung der Not der minderbemittelten Bevölkerung.

Tilsit. Ein haushoher Tank der amerikanischen Petroleum Handels-Gesellschaft m. b. H. in Memel, der von so riesigen Ausmaß ist, daß er den Inhalt von 50 Eisenbahn-Kesselwagen faßt, sollte kürzlich von Tilsit nach Memel transportiert werden. Aus Mangel an sachkundigen Arbeitern, die den Tank auseinandernehmen und in Memel wieder aufmontieren konnten, wurde beschlossen, den Tank einfach in den Memelstrom zu werfen und ihn mit einem Dampfer die Memel abwärts über das Haff an die neue Bestimmungsstelle zu schleppen. Nach Ueberwindung vieler Schwierigkeiten wurde das Unternehmen glücklich zu Ende geführt. Transport und Anlandbringen des Tanks unter so ungünstigen Bedingungen mit geringen Mitteln und Kosten war nach fachmännischem Urteil eine Leistung ersten Ranges.

Graudenz. Schweres Eisenbahnunglück. Dienstag früh 5 Uhr stieß auf dem Bahnhof Laskowitz der von Hela kommende Extrazug mit Ausflüglern der Graudenzer Offiziersaspirantenschule mit einem gerade in die Station einlaufenden Güterzug zusammen. Die Ursache ist darin zu suchen, daß infolge falscher Weichenstellung eine Stationsmaschine zwischen die beiden Züge einrangiert wurde. Es sind 35 Zöglinge der Graudenzer Offiziersaspirantenschule verletzt, darunter 8 schwer. Der Zugführer ist tödlich verwundet worden.

Aus aller Welt.

Der Urteilsspruch über den Untergang der „Hammonia". Nach dem gestern verkündeten Spruch des Hamburger Seeamts trifft an dem Untergang des Dampfers „Hammonia" die Schiffsleitung keine Schuld. Ein Teil des Wassers war durch die im Hamburger Hafen nicht sorgfältig abgedichteten Steuerbordkohlenpforten eingedrungen. Eine weit größere Menge war aber durch ein Leck eingedrungen, das vielleicht durch Aufstoßen auf einen unter Wasser befindlichen Gegenstand verursacht wurde. Bei der Bekämpfung des eindringenden Wassers wurde mit aller Anstrengung und sachgemäß gearbeitet. Das Rettungswerk vollzog sich mit anzuerkennender Ordnung und Disziplin.

Um 100 Millionen Mark bestohlen. Im Hotel „Schwarzes Roß" in Naumburg ist einem Hotelgast, während er für eine Minute das Zimmer verließ, eine Brieftasche, die Gelder im Werte von 101 Millionen Mark enthielt, gestohlen worden. Eine Million davon waren deutsche, Schweizer, argentinische und portugiesische Banknoten, der Rest Schecks, Depotscheine und Aktien.

Absturz eines Riesenflugzeuges. Ein neuer Versuch mit einem von drei Maschinen zu je tausend Pferdestärken getriebenen Riesenflugzeug hat bei Toulouse mit einer Katastrophe geendet. Die Maschine erreichte mit acht Tonnen Gewicht eine Höhe von hundertzwanzig Fuß und stürzte bei dem Gleitflug zur Erde aus beträchtlicher Höhe ab. Der Mechaniker war tot, der Pilot brach beide Schenkel und den Unterkiefer.

Gestrandet und gesunken ist der holländische Dampfer „Cornelis" bei Grundkallen in Schweden. Man vermutet, daß die Besatzung von 20 Mann umgekommen ist.

Drei Monteure vom Starkstrom getötet. Während drei Monteure mit einer Reparatur an der 20000 Volt starken Transformatorenstation in Spiegelau (Nordbayern) beschäftigt waren, wurde auf ungeklärte Weise der Strom eingeschaltet. Alle drei Monteure wurden getötet.

Ein zweifaches Todesurteil. Vor dem Oppelner Schwurgericht wurde, einem Privat-Telegramm zufolge, Frau Gutzfeld, die ihren Schwiegersohn zur Ermordung ihres Mannes angestiftet hatte, ebenso wie der Schwiegersohn zum Tode verurteilt. Ihre Tochter erhielt wegen Beihilfe zum Morde acht Jahre Zuchthaus.

Ein grausiger Raubmord. In Nürnberg ermordeten der Glasmaler Meisel und der Porzellanbrennereibesitzer Leberer einen wohlhabenden Holländer, trennten der Leiche Arme und Beine ab und verbrannten sie in einem Ofen. Der Rumpf wurde im Walde vergraben, wo er bereits gefunden wurde. Die Mörder erbeuteten etwa eine Million.

Ein zwölfjähriger Einbrecher. In Neubrunn in Bayern verhaftete die Polizei einen zwölfjährigen Jungen, weil er bei einem Bäckermeister einen Einbruchsdiebstahl verübt hatte. Die Untersuchung ergab, daß der Junge den Diebstahl auf ganz raffinierte Weise begangen hatte. Er hatte gewartet, bis sich in dem Hause des Bäckers nur die 74 jährige Schwiegermutter befand. Durch einen anderen Jungen hatte er dann die alte Frau ans Telephon bestellt, während er inzwischen den Einbruch in die Ladenkasse vornahm. Die weiteren Untersuchungen ergaben, daß dies der siebente Einbruchsdiebstahl ist, den der Junge begangen hat.

Versammlungs-Anzeiger

Jungsozialistengruppe.
Heute, Donnerstag, den 19. Oktober, abends 7 Uhr, im Heim, Am Spendhaus 6, Vortrag und Aussprache über „Das Wesen und Wollen der Jungsozialistenbewegung".

Arbeiter-Abstinenten-Bund.
Freitag, den 20. Okt., abends 7 Uhr, Heveliusplatz 1—2, Zimmer 51, Außerordentliche Mitgliederversammlung. Jedes Mitglied muß erscheinen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Vertrauensleute der Danziger Werft und Eisenbahnhauptwerkstätte (Arbeitsgemeinschaft der freien Gewerkschaften) Sonnabend, den 21. Oktober 3½ Uhr nachmittags, Heveliusplatz 1—2, Zimmer 70, gemeinsame Vertrauensmännerversammlung.

Allgemeiner Gewerkschaftsbund der Freien Stadt Danzig.
Montag, den 23. Oktober, abends 6 Uhr, Heveliusplatz Nr. 1-2: Delegiertenversammlung. Tagesordnung: Abrechnung vom 3. Quartal und von der Maifeier. Bericht vom Gewerkschaftskongreß.

STOFFE

Mengenabgabe vorbehalten!

Keine Musterabgabe!

Damen-Kleiderstoffe

Auf Grund früher Einkäufe und Abschlüsse bringen wir diese Waren zu noch besonders vorteilhaften Preisen zum Verkauf. Wir empfehlen Ihnen, sich mit dem Einkauf zu beeilen, da die alten Waren bald vergriffen sein werden und neue Ware ganz erheblich mehr kosten wird. Eine große Auswahl wundervoller Neuheiten in nur guten und besten Qualitäten finden Sie in Gabardine, Kammgarnen, Cheviots, Popeline, Sergebindungen, Schotten, Streifen und Karos, Velours de laine, Damentuchen, Chiffon-Sammet, Manchester, Voile, Dirndlstoffen usw.

Sonder - Ausstellung dieser Stoffe in unseren sämtlichen Schaufenstern

Freymann

7374

Hersteller: Urbin-Werke, Chemische Fabrik G. m. b. H., Danzig, am Troyl. (7321

Sofa, Bettgestell mit Matratze zu verkauf. Besicht. 1—3. Schrader, (7581 Barbaragasse 6b, 1 Tr.

Einige Damenulster bill. zu verkauf. Kuklewski, Gr. Wollweberg. 4, 3. (7587

Badeofen (Kohlenfeuerung) preisw. zu verkaufen. (†
Peter Ott, Tiegenhof, Gartenstraße 211.

Kinderwagen billig z. verkaufen. Kozlta, Langf., Brösener-Weg 17a

Schweinetrank abzugeben bei Kalesse, Ohra, Radaunestr. 7. (†

Kleine graue Krimmergarnitur, Rodelschlitten und Haushaltwage mit Gewicht, zu kauf. ges. Angeb. unter V. 955 an die Exped. der Volksstimme. (†

Damen-Pelzkragen gut erhalten, aus Privathand zu kaufen gesucht. Angeb. unt. L. 919 an d. Exped. d. Volksstimme. (†

Danziger Nachrichten.

Verdoppelung der Eisenbahnfahrpreise.

Vom 1. November 1922 ab werden die gegenwärtigen Sätze der deutschen Reichsbahnen um 100 Prozent erhöht. Diese Erhöhung erstreckt sich auch auf die im Freistadtgebiete gelegenen Eisenbahnlinien usw. und alle Verkehrsbeziehungen, in denen nach dem deutschen Tarif abgefertigt wird. Die Fahrpreise im Danziger Vorortverkehr für einfache und Doppelkarten werden vom gleichen Zeitpunkte ab dem deutschen Tarif gleichgestellt; während die gegenwärtigen Zeitkartenpreise für das Freistadtgebiet um etwa 10 Prozent erhöht werden. Die Preise der Schnellzugszuschlagskarten werden ebenfalls erhöht. Neu sind besondere Preise für 1. Klasse, abweichend von den bisherigen einheitlichen Preisen für 1. und 2. Klasse. Der Preis der einfachen Bahnsteigkarte bleibt bestehen, d. h. 5 Mark, dagegen werden die Bahnsteigmonatskarten von 50 Mk. auf 100 Mk. erhöht.

Gleichzeitig tritt eine Erhöhung um 100 Prozent bei allen im deutschen Personen- und Gepäcktarif enthaltenen Gebührensätzen, mit Ausnahme der Sätze für Gepäck und Expreßgut ein; demnach erhöhen sich die Fahrradkarten auf 20 Mk. und die Nachlösekarten auf 40 resp. 60 Mk. Die Gepäckaufbewahrungsgebühr beträgt für jedes Stück und für jeden auch nur angefangenen Kalendertag 10 Mark.

Abermalige Erhöhung der Gas- und Lichtpreise.

Nach dem erst am 20. September die Preise für Gas, Elektrizität und Wasser gewaltig gesteigert worden sind, gibt eine Bekanntmachung des Senats eine weitere Heraufsetzung der Preise bekannt. Begründet wird die Preissteigerung mit den Kohlenpreisen. Die neuen Preise betragen: 36 Mk. für einen Kubikmeter Gas, 50 Mk. für eine Kilowattstunde elektrisches Licht, 40 Mk. für eine Kilowattstunde elektr. Kraft, 13 Mk. für einen Kubikmeter Wasser. Am 20. September stieg der Gaspreis von 7 Mk. auf 20 Mk. pro Kubikmeter, der Preis des elektrischen Lichtes von 12 auf 60 Mk. für elektrische Kraft von 9 auf 27 Mk. für die Kilowattstunde. Der Wasserpreis erhöhte sich von 3 auf 7 Mk. pro Kubikmeter.

Schon die bisherigen Preise bedeuteten für einen großen Teil der Bevölkerung eine unerträgliche Belastung. Es gibt nicht wenige Familien, die auf einen warmen Morgentrunk, ja selbst auf ein warmes Mittagessen verzichten müssen, weil sie die Kosten für Gas und Brennmaterial nicht erschwingen können. Mit banger Sorge sehen diese Kreise dem Winter entgegen.

Der unerwünschte Flottenbesuch. Vor einigen Tagen brachten wir die Meldung von einem bevorstehenden Besuch der russischen Flotte. „Gazeta Gdanska" glaubt diese Meldung dahin ergänzen zu können, daß die lettische und estnische Regierung auf die Ankündigung des Besuchs in Riga und Reval geantwortet hätten, daß sie erst nach einer Beratung definitiv Antwort erteilen würden.

Beinahe verhaftet. „Gazeta Gdanska" bringt die Meldung, daß ihr Schriftleiter, Przybyszewski beinahe von den bayrischen Behörden verhaftet worden sei. Nur auf dem Wege der Gnade sei man schließlich damit einverstanden gewesen, daß Pr. innerhalb sechs Stunden die Grenzen Bayerns zu verlassen hätte.

Der Danziger Jugendfürsorgeverband befindet sich infolge der schweren wirtschaftlichen Verhältnisse in finanzielle Schwierigkeiten. Er wendet sich mit einem Aufruf um Unterstützung an die Oeffentlichkeit, worin auch mitgeteilt wird, daß, wenn ihm keine Hilfe zuteil wird, er die [illegible] und [illegible] und das Kinderheim mit seinen Walderholungsstätten schließen muß. Der Verband ersucht daher dringend um Unterstützung, um seine Arbeiten fortführen zu können.

Freiwillig aus dem Leben geschieden

ist gestern der Prediger der Freireligiösen Gemeinde, Gen. Siegmeyer. S., der schon seit einigen Tagen Selbstmordgedanken geäußert haben soll, hat sich gestern vormittag in seiner Wohnung mit Gas vergiftet. Er wurde mittags tot in der Küche aufgefunden. Auf die tragischen Gründe, die S. Veranlassung gaben, freiwillig den Tod zu suchen, gehen wir an anderer Stelle ein.

Wieder einen Schritt weiter.

Nach polnischen Zeitungsmeldungen plant die polnische Regierung, die Bezahlung der Danziger Eisenbahner ohne Rücksichtnahme auf ihre Nationalität nur noch in polnischer Valuta erfolgen zu lassen. Das würde für die Eisenbahner, die zu vier Fünftel Deutsche sind, nur Nachteile bringen. Sie müssen das Geld einwechseln, was bei dem schwankenden Geldkurse nicht immer ohne Verlust bleiben würde. Eine solche Maßnahme der polnischen Regierung widerspricht auch denjenigen Garantien, die Oberkommissar Haking den Danziger Eisenbahnbeamten gegeben hat.

Ein verhängnisvoller Messerstich.

Wegen Körperverletzung mit Todesfolge hatte sich der Speditionsarbeiter Johann Lange g[illegible]tern vor dem Schwurgericht zu verantworten. Es handelt sich um einen Vorfall, der sich am 28. Juli d. Js. in einem Lokal am Steindamm ereignete und wobei der Arbeiter Kohl einen Messerstich in den Unterleib erhielt. K. starb an den Folgen dieser Verletzung. An dem genannten Tage hatten Lange und Kohl eine Bootfahrt gemacht und waren gegen Abend in ein Lokal am Steindamm eingekehrt; nach dem sie schon vorher gezecht hatten. In dem Lokal entstand ein Streit. Die Zeugenaussagen gingen darüber auseinander, wer von den beiden zuerst mit andern Gästen Händel angefangen hat. Kohl forderte schließlich auch Lange auf, „herauszukommen". Der Kampf solle aber nur mit den Fäusten ausgetragen werden. Es kam zum Kampf, in dessen Verlauf Lange zum Messer griff und Kohl den todbringenden Messerstich versetzte. Der Verletzte blieb noch einen Augenblick stehen und brach dann auf einem Stuhl zusammen. An den Folgen des Stiches ist K. dann gestorben. Der Blinddarm war verletzt worden und es trat eine tödlich verlaufene Blinddarmentzündung ein.

Der Angeklagte bedauerte die Tat und will in Notwehr gehandelt haben. Er will gesehen haben, wie K., der als gewalttätig bekannt war, nach dem Messer griff, deshalb habe er ebenfalls das Messer gezogen. Der Verteidiger trat für Freisprechung ein, weil der Angeklagte sich in Notwehr befunden habe. Die Geschworenen sprachen Lange jedoch der Körperverletzung mit Todesfolge schuldig, bejahten aber die Frage nach mildernden Umständen. Das Gericht erkannte auf 3 Jahre Gefängnis, wovon 2 Monate als durch die Untersuchungshaft verbüßt gelten.

Der Tarif für die Pferdedroschken hat zu den Sätzen vom 17. September 1920 jetzt einen Zuschlag von 1200 Prozent erfahren.

Polizeibericht vom 19. Oktober 1922. Festgenommen: 10 Personen, darunter je 1 wegen Diebstahls, Körperverletzung, Zuhälterei, bezw. Widerstandes gegen die Staatsgewalt, 2 wegen Verdachts des Raubüberfalls, 10 in Polizeihaft. Obdachlos: 2 Personen.

Standesamt vom 19. Oktober 1922.

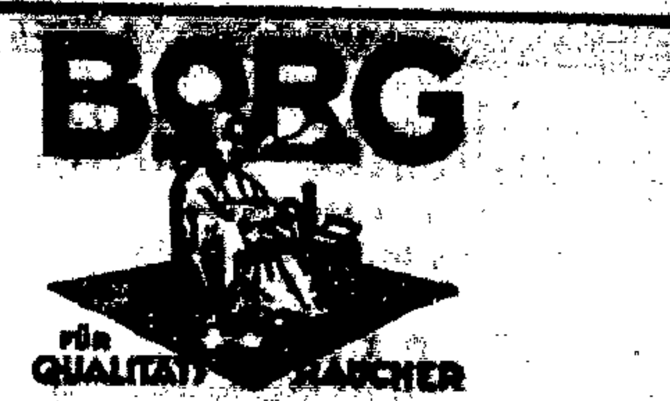
Todesfälle: [illegible] Joseph [illegible], [illegible] 7 M. — Frau Maria Rosenblum geb. [illegible], [illegible] J. 5 M. — T. d. [illegible] Walter [illegible], 14 Tage. — Kaufmann Erwin [illegible], 57 J. 1 M. — S. d. Schiffszimmermanns [illegible] Franz [illegible], 5 W. — Witwe Wilhelmine Müller geb. Unger, 78 J. 1 M. — Hospitalitin Mari [illegible] Schönfeldt, 87 J. 7 M. — Wirtschafterin Bertha [illegible], 57 J. 6 M. — [illegible] Margarete Polenewer geb. Sperling, 57 J. 5 M. — [illegible]raupen-Werkmeister Hugo Stengert, 50 J. 5 M. — [illegible] Gerhard Karsch, 45 J. — Frau Emilie [illegible] geb. [illegible]sel, 66 J. 1 M. — Stellmacher August Rudeleit, 61 J. 7 M.

Heutiger Devisenstand in Danzig.

(Festgestellt um 12 Uhr mittags.)

Polnische Mark:	29,—	am Vortage	27,—
Amer. Dollar:	3180	" "	2840
Englisches Pfund:	13500	" "	12600

Tendenz: steigend.



Wasserstandsnachrichten am 19. Oktober 1922.

	17. 10.	18. 10.	Kurzebrack	+2,54	+2,40
Zawichost	+3,15	+2,89	Montauerspitze	+2,27	+2,06
	17. 10.	17. 10.	Pieckel	+2,28	+2,18
Warschau	+2,86	+3,30	Dirschau	+2,66	+2,42
	17. 10.	18. 10.	Einlage	+2,72	+2,42
Plock	+	+	Schiewenhorst	+2,80	+2,50
	18. 10.	19. 10.	Nogat:		
Thorn	+1,94	+2,10	Schönau O. P.	+6,62	+6,72
Fordon	+1,90	+1,88	Galgenberg O. P.	+4,50	+4,62
Culm	+1,93	+1,84	Neuhorsterbusch	+2,00	+2,02
Graudenz	+2,17	+2,06	Anwachs	+	+

Verantwortlich für Politik Ernst Loops, Danzig; für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Weber, Danzig; Inserate Anton Fooken, Danzig.
Druck von J. Gehl u. Co., Danzig.

Dem toten Siegmeyer!

Freiwillig ist gestern Wilhelm Siegmeyer aus dem Leben geschieden. Ihm konnte es nichts mehr bieten. Lange schon war er ein Fremder hier unter diesen Menschen. Sie verstanden ihn nicht und in ihrer bornierten Philistermoral hetzten sie ihn von Ort zu Ort, von Stellung zu Stellung. Schließlich hat er es satt bekommen, mit dieser Kreaturen um das bißchen Leben zu kämpfen und ging aus der Welt.

Man mochte sich zu ihm stellen wie man wollte, mochte ihn als wirklichkeitsfremden Phantasten belächeln, achtlos konnte man an ihm nicht vorübergehen. Er war eine Persönlichkeit, ein Romantiker in einer Zeit, in der nur der Dollar etwas gilt. Aus ärmlichen Verhältnissen hatte er sich emporgearbeitet. Seine Wiege stand in der ärmlichen Hütte eines pommerschen Landproletariers und eine pommersche Dorfschule war die Bildungsstätte seiner Kindheit. Und als diese ihm die von einem königl. preußischen Kultusministerium für genügend erachtete Portion Bildung verabfolgt hatte, mußte er als Hütejunge bei einem Bauern Dienst nehmen. Sein Traum, Lehrer zu werden, konnte bei der Armut seiner Eltern, die noch zehn Kinder zu Hause hatten, nicht in Erfüllung gehen. Aber wenn er seine Kühe und Schafe zur Weide trieb, dann hatte er auch seine englische und französische Grammatik unterm Arm. Schließlich erbarmte sich der Bauer des lernbegierigen Knaben und ließ ihm Nachhilfestunden geben. In Berlin suchte er dann später als Krankenpfleger und Kellner sein Brot zu erwerben und benutzte die freien Stunden zum Studium. Nach langem Mühen ging sein Wunsch in Erfüllung: Er konnte die Universität beziehen, um Theologie zu studieren. Damals war er gläubiger Christ. Eifrig betätigte er sich auf allen Gebieten der Kirche. Dabei mußte er auch den bitteren Kelch leeren, den das Stipendienwesen bei einem selbstbewußten Menschen mit sich bringt. Aber schließlich konnte er sein Ziel erreichen und wurde Pfarrer.

Im Weltkrieg zog er als Militärgeistlicher mit ins Feld. Hier wurde er innerlich ein anderer. Die Geistlichen, die die Lehre der christlichen Nächstenliebe predigen sollten, wurden gehorsame Knechte des völkermordenden Militarismus. Da ging ihm zum ersten Male die Bedeutung des völkerversöhnenden Sozialismus auf, als er deutschen Soldaten, die der Militarismus aus irgendwelchen Gründen ermorden ließ, christlichen Trost zusprechen sollte, damit sie ihre Ermordung auch als Tod für das Vaterland ansahen.

Nach dem Kriege gab er seine Pfarrstelle in Westdeutschland auf und kam nach Danzig. Hier wurde er Berufsberater und hatte eine Tätigkeit, die seinen Fähigkeiten entsprach. Sein ureigenstes Werk wurde das Lehrlings- und Jugendheim in der Reiterkaserne, das er förmlich aus dem Nichts geschaffen hat. Da gab es keine Arbeit, vor der er sich scheut. Er wurde Tischler, Glaser und Maler, um das Heim für seine jungen Freunde, die ja auch zu den Ausgestoßenen gehörten und für die die hohen Regierungsstellen Erziehungsmethoden à la Tempelburg für wünschenswert erachteten, zu einer Stätte zu machen, in der sie sich wohlfühlen konnten und die ihnen das fehlende Elternhaus ersetzen sollte. Er trat den Burschen nicht in der preußischen Unteroffiziersart entgegen, sondern suchte sie für die Menschheit zu gewinnen, indem er ihre Herzen erwarb. Und die flogen ihm zu.

Aber da kamen die Aktenstaubsecken und Paragraphenmenschen, denen jede sonnige Persönlichkeit ein zu heller Fleck in ihrem dreckiggrauen Weltbild bedeutet. Sie schnüffelten und fanden schließlich, daß er ein sittlich verwahrloster Mensch sei, dem die Jugend nicht anvertraut werden durfte. Daß ihm die Natur in seinem Sexualleben eine unglückliche Erbschaft mitgegeben hatte, kam für diese moralischen Don Quichots nicht in Frage. Paragraphen waren für sie wichtiger als Menschenschicksal. Deshalb mußte er schließlich auch hier weichen. Das Dumm-komische Wohlfahrtsmeiertum hatte gesiegt.

Er ging dann im Frühjahr mit 6 Burschen nach dem Süden. Sein Ziel war Korfu. Aber wenn er dieses auch nicht mit seiner Schar erreichen konnte, für die jungen Fahrenden war diese Reise nicht eine große Enttäuschung gewesen, wie seine Widersacher in der bürgerlichen Presse schrieben, sondern war ihnen ein Erlebnis, an das sie noch in späteren Jahren gerne zurückdenken dürften. Materielle Sorgen zwangen ihn schließlich, in der hiesigen Ortskrankenkasse eine Stellung anzunehmen. Seinem regen Geist konnte natürlich diese Schreibertätigkeit nicht befriedigen. Er warf sich in den letzten Wochen daher noch auf ein Gebiet, für das seine Pionierarbeit gerade in Danzig notwendig war. Die Bekämpfung des Alkoholismus unter der Arbeiterschaft. Leider hat er auf diesem Gebiet nicht mehr lange wirken dürfen.

Sein Tod ist ein Opfertod. Unwillkürlich wird man an das tragische Ende des englischen Dichters Oskar Wilde erinnert, der auch ein Opfer der Launen der Natur gewesen ist. Dort wie hier hetzte finsteres Heuchlertum einen edlen Menschen in den Tod.

> Wie immer auch ein Handeln war,
> in ihm war Flamme, heiß und klar,
> in ihm war Wille rein und groß
> und Menschenliebe grenzenlos.

Ernst Loops.

Amtliche Bekanntmachungen.

Verordnung
über die Herstellung von Markenbrot.

Auf Grund der Bekanntmachung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. 9. 1915 (RGBl., S. 607) / 4. 11. 1915 (RGBl., S. 728) und zur Sicherung der Volksernährung vom 22. 5. 1916 (RGBl., S. 401) / 18. 8. 1917 (RGBl., S. 823) wird für das gesamte Gebiet der Freien Stadt Danzig folgendes angeordnet.

§ 1.

Markenbrote dürfen nur noch zusammengeschoben gebacken werden.

§ 2.

Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu 1 Jahr und mit Geldstrafe bis zu 100 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Neben der Strafe können die Gegenstände, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht, eingezogen werden.

§ 3.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Danzig, den 16. Oktober 1922.

Der Senat der Freien Stadt Danzig.
Sahm. Jansson.

Entsprechend der weiteren sehr erheblichen Verteuerung der Kohlen sind gemäß Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 30. März 1920

die Tarife für die Gas-, Strom- und Wasserpreise wie folgt festgesetzt worden:

1. für Leucht-, Koch- und Heizgas . 36.— Mk. je cbm.

2. für elektrische Arbeit

a) zu Beleuchtungszwecken . . . . . . 50.— Mk. je Kwst.
b) zu Kraftzwecken . . . . 40.— Mk. je Kwst.

3. für Wasser . . . . 13.— Mk. je cbm.

Die Berechnung nach den neuen Preisen erfolgt — wie bereits angekündigt — von den im Oktober d. Js. stattgehabten Standaufnahmen ab.

Man zahle nach Möglichkeit bei Vorzeigung der Rechnung an den Erheber oder bargeldlos. Falls der Rechnungsbetrag dem Erheber nicht mitgegeben wird, ist binnen 6 Tagen nach Zustellung bei der Kasse des städtischen Betriebsamtes, Hohe Seigen 37, Zahlung zu leisten. Fristversäumnis hat die Sperrung der Gas- usw. Zufuhr zur Folge. Der mit der Absperrung der Leitung beauftragte Werkangestellte darf davon nur Abstand nehmen, wenn ihm der rückständige Rechnungsbetrag zuzüglich der der Verwaltung durch den zweiten Holengang verursachten Kosten ausgehändigt wird.

Die Kosten für den zweiten Gang betragen:

bei Rechnungsbeträgen	bis 1000 Mark	= 15 Mark	
"	über 1000 "	= 20 "	
"	" 2000 "	= 30 "	
"	" 4000 "	= 50 "	

Die Kosten für das Wiederöffnen einer gesperrten Leitung werden besonders berechnet.

Kann jemand aus ganz besonderen Gründen nicht pünktlich zahlen, so muß er rechtzeitig, und zwar spätestens 2—3 Tage vor der Fälligkeit, bei der Betriebskasse um Stundung einkommen und die besonderen Umstände nachweisen.

Danzig, den 18. Oktober 1922.

Der Senat.
Städt. Betriebsamt.

Nachruf

Gestern mittag ist plötzlich und unerwartet unser Genosse

Wilhelm Siagmeyer

Prediger der freireligiösen Gemeinde

aus dem Leben geschieden.

Sein Tod bedeutet für uns einen schweren Verlust. Sein selbstloses Streben für die höchsten Menschheitsideale wird ihm in unsern Reihen ein ehrendes Andenken sichern.

Sozialdemokratische Partei Danzig. 7591

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper. 7589

Heute, Donnerstag, den 19. Okt., abends 7 Uhr: Dauerkarten E 1.

Graziella

Musikdrama in 3 Akten von Max Kempner-Handtbdl und Ernst Heinrich Bethge. Musik von Hans Albert Maitanich. In Szene gesetzt von Oberspielleiter Julius Brischke. Musikalische Leitung: Otto Selberg. Inspektion: Otto Friedrich.

Personen wie bekannt. Ende 9½ Uhr.

Freitag, den 20. Oktober, abends 7 Uhr: Dauerkarten A 1. Jugeberg. Komödie.

Sonnabend, den 21. Oktober, abends 7 Uhr: Dauerkarten B 1. „Die lustige Witwe". Operette.

Wilhelm-Theater

Allabendlich 7½ Uhr:

Gastspiel

Otto Reutter

der deutsche Meisterhumorist.

Captain Frohns fünf dressierte Seelöwen

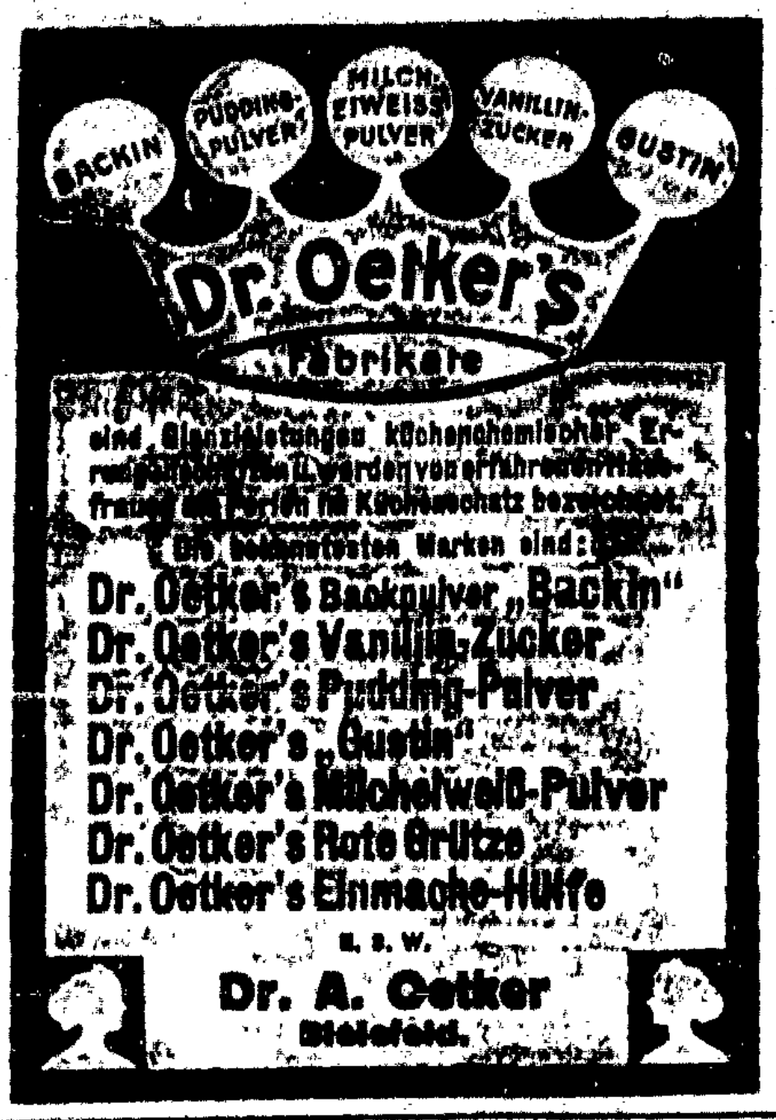
und das große

Attraktions-Programm

LIBELLE:

Abends bis 1 Uhr **Bier-Kabarett** anschließend **Wein-Kabarett.**

Vorverkauf 10—1 Uhr Gebr. Freymann.



Gedania-Theater

Schüsseldamm 53/55 7573

Achtung! Ab heute! Die große Sensation!

Der rote Handschuh

Monumental-Abenteuer-Wild-West-Film in 6 Abteilungen . . . . . 36 Akten.

1. Abteilung: **Der Raubzug der Geier** 6 Akte.

Im Rahmen prachtvoller Naturaufnahmen im Urwald, den weiten Steppen Amerikas und den zerklüfteten Bergen Kaliforniens spielen sich wilde Reiterszenen der Original-Cowboys, sensationelle Verfolgungen und atemberaubende Sensationen ab.

In der Hauptrolle: **„Mary Walpamp"** Amerikas tollkühnste Sensationsdarstellerin.

Ferner: **„Die Entlarvung"** (Abenteuer einer Braut) Sensations-Drama in 5 Akten mit Ria Mabeck.

Beginn der letzten Vorstellung 9 Uhr.

Sämtl. Drucksachen

in geschmackvoller Ausführung liefert in kürzester Zeit bei mäßigen Preisen

Buchdruckerei J. Gehl & Co.,

Danzig, Am Spendhaus 6. Telephon 3290

Achtung!

Komme selbst und zahle die höchsten Preise (bis 30000 Mark) für gebr. **Nähmaschinen,** nur Rundschiffchen. Eine Postkarte genügt. Angeb. unt. V. 952 an die Exped. der Volksstimme. (7571

Kleiner zweirädriger **Handwagen** zu kaufen gesucht. Angeb. unt. E 921 an die Exped. der Volksstimme. (†

Schreibtisch mit Aufsatz für Büro zu kaufen gesucht. Angebote unter E 923 an die Exp. der Volksstimme (†

Folle zu kaufen gesucht. Preisangebote unter E 933 an die Exp. der Volksstimme

---

Schlossergesellen, Lehrlinge und Arbeitsburschen

Stellt sofort ein (7573

Th. Jarentowski, Danzig-Langfuhr, Heiligenbrunner Weg 25.

Bäckerlehrling wird sofort gesucht. (7584

Bäckerei Oliva, Kronprinzen-Allee Nr. 10.

Laufburschen werden sofort eingestellt.

Rote Radler, Breitgasse 29. (†

Suche sofort

Waschfrau

Bleichel, Hunteg. 80, 3.

Büroräume im Innern der Stadt zum 1. oder 15. November zu mieten gesucht. Angebote unter E 907 an die Exp. der Volksstimme. †

Zahle über **30 000 Mark** für gebr. Dam.- u. Herren-Nähmaschinen, auch die nicht nähen (Rundschiffch.). Kaufe Pelzkragen gegen hohen Preis. Angeb. unt. V. 952 an die Exped. der Volksstimme. (†

Schreibmaschine mit sichtbarer Schrift zu kaufen gesucht. Angebote unter E 926 a. d. Exp. d. Volksstimme. (†

4räd. Handwagen (5—6 Ztr. Tragfähigkeit) zu kaufen gesucht. Ang. unter E 929 a. d. Exp. der Volksstimme. (†

Meine Herren.

Anzüge, Raglans, Schlüpfer, Hosen

sind noch fabelhaft billig.

Auch auf Teilzahlung! Kommen Sie sofort!

Bekleidungshaus „London"

nur 2. Damm 10.

(7586)

Kl. möbl. Zimmer von Herrn sofort gesucht. Angeb. unt. V. 956 an die Exped. d. Volksstimme. (†

Einf. möbl. Zimmer mit Pension zu mieten ges. Angebote unter E 905 an die Exp. der Volksst. †

Einf. möbl. Zimmer zum 1. Nov. an Dame zu vermieten. Wo sagt d. Exped. d. Volksstimme. (†

---

1 leeres Zimmer mit sep. Eing. zum 1. November gesucht. Ang. unt. E 916 an die Exped. der Volksstimme. (†

Ein freundlich möbliert. **Zimmer** an Herrn zu vermieten. Wo sagt die Exped. der Volksstimme. (†

Maschinenschreiben auch auf poln. Masch. Tages- und Abendkurse Otto Slade, Naugarten 11, 1

Handwerker sucht **einf. möbl. Zimmer** in Neufahrwasser. Angeb. unter E 918 an die Exp. Volksstimme. (†

Guter **Privat-Mittagstisch** für 3—4 Herren frei. Zu erfragen in der Expedition der Volksstimme. (†

---

1 einf. möbl. Zimmer mit auch ohne Pension, für Dame frei. Angeb. unter E. 917 an die Exped. der Volksstimme. (†

Verlangen Sie die „Volksstimme" in den Gaststätten!

KASINO ZOPPOT

Dritter Gesellschaftstee

Freitag, den 20. Oktober 1922

Saalöffnung 4 Uhr Beginn des Tanzes 5 Uhr

Anfang des künstlerischen Teiles pünkt 7 Uhr

PROGRAMM:

Eine Überraschung?!

Ferner der beliebte Roulette-Walzer mit Preisen

Beginn 9½ Uhr

Verstärktes Orchester. Martin Fischer — Conferencier: Arnold Martinius

Gesellschaftsanzug erbeten

Eintrittspreis 30 M., für Inhaber von Kasinokarten frei. — Vorverkauf im Empfangsbüro des Kasinos und an der Kasse des Zoppoter Stadttheaters.

7585

Nach vollzogenem Umbau

verlegen wir unser Geschäft nach dem

Ladenlokal 1. Damm Nr. 2

DIE ERÖFFNUNG

findet am **19. Oktober 1922** statt und wird unsere geschätzte Kundschaft gebeten, uns auch weiterhin das alte Vertrauen schenken zu wollen. — Unsererseits wird es das höchste Bestreben sein, auch im neuen Rahmen den alten guten Ruf als reellste und billigste Bezugsquelle zu wahren und unserer zahlreichen Kundschaft nur das Beste zu bieten.

Herren-Anzüge 7000.—, 11000.— 15000.— und höher

Herren-Hosen 700.—, 1500.— 2200.— und höher

Herren-Schlüpfer, -Paletots 7000.—, 9000.—, 12000.— 18000.— und höher

Als Beweis unserer unvergleichlichen Leistungsfähigkeit haben wir uns entschlossen, sämtliche Waren für die ersten

3 Eröffnungstage

ganz bedeutend herabzusetzen. Wir halten uns unserer werten Kundschaft bestens empfohlen, und machen Sie ausgiebigen Gebrauch von unseren konkurrenzlosen Angeboten.

Elegante Maßanfertigung! **Reichhaltiges Stofflager!**

Max Hirsch & Co., 1. Damm 2

Das Haus für elegante Herrenbekleidung

7578

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Ortsverwaltung Danzig

Für unsere Verwaltungsstelle suchen wir sofort einen weiteren

Angestellten.

Derselbe muß Kenntnisse in der Gewerkschaftsbewegung besitzen und zur Erledigung der geschäftlichen Verbandsangelegenheiten befähigt sein. Auch soll der anzustellende Kollege mit der Einkassierung der Beiträge beauftragt werden.

Handschriftliche Bewerbungen sind mit einem kurzen Lebenslauf und einer Arbeit über die Aufgabe eines Gewerkschafts-Angestellten bis zum 25. Oktober 1922 an den Unterzeichneten einzureichen.

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Ortsverwaltung Danzig

J. A.: E. WERNER

Büro: Hevelius-Platz 1—2, 2 Trep., Zimmer 78—80.

Danziger Währung

Denkschrift für Senat und Volkstag zur Einführung einer eigenen Danziger Währung von Johannes Buchholz. Zu haben in der

Buchhandlung Volkswacht

Am Spendhaus 5 und Paradiesgasse 22.

Großstück-Schneider

für feinste Lagerarbeit bei hohem Lohn für dauernde Beschäftigung gesucht.

Leo Czerninski,

Schichaugasse 25, 3 Treppen. (7583